



STRATEG Brief Nr.: 7

Die russisch-ukrainischen Beziehungen und ihre Bedeutung für den post-sowjetischen Raum

Wenngleich nach der Auflösung der Sowjetunion die am 1.1.1992 neu entstandene Russische Föderation die staatliche Unabhängigkeit aller früheren sowjetischen Unionsrepubliken – so auch jene der Ukraine – unverzüglich anerkannte, gestaltete sich das russische-ukrainische Verhältnis von Anfang an sehr komplex und emotionsbeladen. Das zweitgrößte slawische Land ist mit Russland historisch, kulturell, wirtschaftlich und zwischenmenschlich eng verbunden.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine waren in den vergangenen 20 Jahren durch große Schwankungen gekennzeichnet. Präsident Kutschma war während seiner Amtszeit von 1994-2004 mit Erfolg bemüht, eine Balance zwischen seinen euro-atlantischen Ambitionen und guten Beziehungen zum russischen Nachbarn zu wahren. Eine Außenpolitik, welche sich an diesen beiden Zielen orientiert, trägt den gegensätzlichen Wünschen der Bevölkerung in der West- und Ostukraine Rechnung. Der durch die orangefarbene Revolution Anfang 2005 an die Macht gelangte Präsident Juschtschenko richtete die Außenpolitik der Ukraine primär nach dem Westen aus: Sein erklärtes Ziel war es, die Ukraine möglichst schnell in die NATO und danach auch in die EU zu integrieren. Mit dieser letzten Endes erfolglosen Außenpolitik spaltete Juschtschenko das Land im Inneren; das Verhältnis zu Russland war schwer gestört.

War die orangefarbene Revolution eine politische Herausforderung für das Putin'sche System, so war ein mögliches Abdriften der Ukraine nach dem Westen mit Russlands Anspruch auf eine Sphäre privilegierter Interessen unvereinbar. Die Folge war eine Verschärfung sämtlicher seit dem Zerfall der Sowjetunion ungelösten Probleme in den russisch-ukrainischen Beziehungen, wie der Streit um den Grenzverlauf im Asow'schen Meer, der Status von Sewastopol als Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte, sowie der Disput um den Preis für russisches Gas und die Gebühren für den Transit von russischem Gas über die Ukraine nach dem Westen. Der Gasstreit hat 2006 und 2009 zu einer Unterbrechung des Gastransits und damit der russischen Gaslieferungen nach Mittel- und Westeuropa geführt.

Juschtschenko wurde 2010 durch Janukowitsch abgelöst, der im Vergleich zu seinem Vorgänger als Russland-freundlich gilt. Nach dem Präsidentenwechsel in Kiew kam es zunächst zu einer deutlichen Annäherung zwischen Russland und der Ukraine. Probleme, die seit 20 Jahren als unlösbar galten, wie etwa der Status von Sewastopol, wurden plötzlich einer Regelung zugeführt. Der Vertrag über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim wurde bis zum Jahr 2042 verlängert und im Gegenzug wurde der Ukraine ein Freundschaftsrabatt auf russisches Gas gewährt. Das freundliche Klima in den russisch-ukrainischen Beziehungen war aber nicht von allzu langer Dauer. Russland wollte noch viel mehr als das, was im Vertrag von Charkow vereinbart worden war; es verlangte unbegrenzte Investitionsmöglichkeiten in der Ukraine, insbesondere auch in der Energiewirtschaft und Rüstungsindustrie.

Auch bei einem Treffen zwischen Janukowitsch und Putin am 20. März 2012 kam es in der kontroversiellen Frage des Gaspreises zu keiner Annäherung. Von russischer Seite wurde neuerlich zu verstehen gegeben, dass der Ukraine nur dann ein günstigerer Gaspreis zugestanden werden könnte, wenn diese Russland die Kontrolle über die ukrainischen Gastransitleitungen überließe. Ein für die Ukraine allenfalls akzeptabler Kompromiss könnte in einer dreiseitigen Kontrolle der Gastransitleitungen durch die Ukraine, Russland und „die EU“ bestehen.

Wenig Freude dürfte Moskau auch damit haben, dass die Ukraine auch unter Janukowitsch der Annäherung an die EU Vorrang vor einer Beteiligung an Integrationsprojekten im post-sowjetischen Raum beimisst. Mit der EU hat die Ukraine im Jahre 2011 ein Abkommen über Assoziierung sowie vertieften und umfassenden Freihandel paraphiert, dessen Unterzeichnung aber derzeit von der EU wegen der umstrittenen strafrechtlichen Verfolgung der ehemaligen Ministerpräsidentin Timoschenko abgelehnt wird.

Die europaweite Empörung über die Haftbedingungen, denen Julia Timoschenko in ihrer Heimat ausgesetzt ist, hat zuletzt auch den russischen Präsidenten zu einer ungewöhnlich scharfen Kritik an der politischen Führung der Ukraine veranlasst. Wie Dimitrij Medwedjew am 28. April 2012 bei einem Treffen mit russischen Menschenrechtsexperten erklärte, „ist die Verfolgung politischer Gegner völlig



inakzeptabel, das wirft einen Schatten auf den Staat und dessen politische Führung, die eine solche Entscheidung trifft“. Wie Medwedjew weiters feststellte, „löst es – selbst unter Berücksichtigung unserer reichen totalitären Traditionen – völliges Unverständnis aus, wenn ein politischer Konkurrent, der bei der nächsten Präsidentenwahl kandidieren könnte, ins Gefängnis gesteckt wird“. Auch der Westen stößt sich besonders daran, dass sich die Strafjustiz in der Ukraine einseitig politische Gegner von Präsident Viktor Janukowitsch vornimmt. Der Präsident steht im Verdacht, Timoschenkos Partei als einzige noch ernstzunehmende Oppositionskraft vor der bevorstehenden Parlamentswahl ausschalten zu wollen.

Welche Auswirkungen hat nun das russisch-ukrainische Verhältnis auf Integrationsbestrebungen im post-sowjetischen Raum?

Anlässlich der Auflösung der Sowjetunion wurde von den Präsidenten Russlands, der Ukraine und Belarus eine Auffangorganisation für 12 ehemals sowjetische Unionsrepubliken geschaffen, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Nach dem russisch-georgischen Krieg im August 2008 ist Georgien aus der GUS ausgeschieden, welche seither nur noch 11 Mitglieder umfasst. In diesem Krieg hat übrigens die damalige orange Staatsführung der Ukraine für Georgien Partei ergriffen. Die übrigen GUS-Staaten verhielten sich zurückhaltend, keiner von ihnen hat bisher Abchasien und Südossetien völkerrechtlich anerkannt.

In der Erkenntnis, dass eine Integration aller GUS-Staaten kaum erreichbar ist, hat Moskau seit 2000 eine sektorielle Zusammenarbeit kooperationswilliger Staaten im post-sowjetischen Raum vorangetrieben.

Seit 2000 gibt es die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsec), der heute Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören. Die Ukraine, Armenien und Moldawien sind Beobachter. Drei der EurAsec-Mitglieder, nämlich Russland, Belarus und Kasachstan, haben in der Folge ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt und eine Freihandelszone gebildet, die 2010 zu einer Zollunion ausgebaut wurde. Nun wollen diese drei Staaten in einem Gemeinsamen Wirtschaftsraum bis 2015 eine Eurasische Wirtschaftsunion schaffen.

Auf militärischem Gebiet entwickelte sich aus dem 1992 zwischen einigen GUS-Staaten unterzeichneten Vertrag über Kollektive Sicherheit die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit. Diese wurde 2002 von Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien, Kirgistan und Tadschikistan gegründet. Usbekistan trat später bei. Das ukrainische Parlament verabschiedete im Mai 2010 eine Resolution, welche eine Mitgliedschaft der Ukraine in jeglicher Militärorganisation ausschließt.

Die Ukraine hat bisher eine Beteiligung an Integrationsmaßnahmen im post-sowjetischen Raum stets beharrlich abgelehnt. An dieser grundsätzlichen Haltung haben auch bessere Beziehungen zu Russland, wie sie in der Anfangsphase der Janukowitsch-Präsidentschaft festzustellen waren, nichts geändert.

Anfang Oktober 2011 hat der russische Regierungschef und mittlerweile zum Präsidenten wiedergewählte Wladimir Putin in einem Zeitungsartikel die Schaffung einer Eurasischen Union vorgeschlagen. Wörtlich plädierte er für *„eine mächtige supranationale Allianz, die imstande wäre, eines der globalen Machtzentren, sowie eine Brücke zwischen Europa und der Asiatisch-Pazifischen Region zu werden.“* Implizit zielt diese Initiative darauf ab, für Russland eine Sphäre privilegierter Interessen zu schaffen und Staaten im post-sowjetischen Raum, wie insbesondere der Ukraine, eine Westintegration zu verbauen.

Für Russland stellt die Erhaltung seines aus Belarus, Ukraine und Moldawien bestehenden „Cordon Sanitaire“ und die Eindämmung des Einflusses von NATO und EU im postsowjetischen Raum die oberste Priorität seiner Außen- und Sicherheitspolitik dar. Wichtige Elemente dieses politischen Konzeptes sind:

- die Wahrung russischer Interessen im Südkaukasus durch militärische Gegenmaßnahmen in Georgien im Jahr 2008 und die einseitige Anerkennung von Abchasien und Südossetien
- die weitere militärische Nutzung der Krim durch die Verlängerung des Vertrages über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte,
- die Wahrung der seestrategischen Interessen im Schwarzen Meer durch die russische Flotte,
- der Schutz russischer Minderheiten im postsowjetischen Raum,
- die Sicherung der Transitwege für die Gas- und Ölexporte in den Westen,
- der Ausbau russischer Militärbasen in Abchasien, Südossetien und Armenien, sowie
- die Eindämmung des westlichen Einflusses im postsowjetischen Raum und die Betonung des Anspruches Russlands auf eine Sphäre privilegierter Interessen.

Verfasser: Botschafter i.R. Dr. Martin Vukovich und Obst Thomas Rapatz MSD/Ltr FÜA LVAK